



Green Economy: Gender_Gerecht!

Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft

Diskussionspapier von

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit | Deutscher Frauenrat |
Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) | Frauenpolitischer Rat
des Landes Brandenburg e.V. | Verband deutscher Unternehmerinnen

Erstellt unter wissenschaftlicher Mitarbeit von

Prof. Dr. Uta Meyer-Gräwe | Prof. Dr. Ines Weller | Dr. Gülay Çağlar |
Dr. Friederike Habermann | Daniela Gottschlich

In Rio de Janeiro findet 2012 die Rio+20 statt, die UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung, die vor 20 Jahren am gleichen Ort Geschichte geschrieben hat. Ein thematischer Schwerpunkt wird das Konzept der „Green Economy“ sein – eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gerechtigkeit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden“ (Umweltprogramm der Vereinten Nationen – UNEP 2011).

In Kooperation mit dem Deutschen Frauenrat, dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg, der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) und dem Verband deutscher Unternehmerinnen (vdu) initiierte genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit ein Projekt, das sich einmischen möchte in die Debatte um „Green Economy“, in der die Frauen- und Genderperspektive bislang fehlte.

Mit dem jetzt vorliegenden Diskussionspapier möchten wir Frauen, ihre Verbände und Initiativen ermutigen, sich an der Debatte um eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise zu beteiligen. Was können wir beitragen, so dass gerechter, solidarischer und umweltschonender konsumiert und produziert wird? Aber auch: Was gewinnen wir, wenn ein nachhaltiger gesellschaftlicher Wandel Wirklichkeit wird.

Die Erde mahnt, und die Krisen der Finanzmärkte und der Arbeit zeigen: so wie bisher kann es nicht weitergehen. Unsere Wirtschafts- und Lebensmodelle stehen auf dem Prüfstand und müssen sich neu an sozialen und ökologischen Notwendigkeiten orientieren. Die aktuellen Krisen bieten die Chance auf einen grundlegenden Wandel. Für die erforderlichen gesellschaftlichen Transformationen gibt es keine vorgefertigten Antworten und es gibt nicht den einen, richtigen Lösungsweg. Wir, Frauen aus verschiedenen Organisationen Deutschlands, rufen dazu auf, die Notwendigkeit dieser Veränderungen wahrzunehmen und unsere Zukunft aktiv zu gestalten.

Welchen Herausforderungen müssen wir uns stellen? Die akuten Krisen reichen von Überkonsum von Ressourcen, über globale Finanzkrisen, Hunger in vielen Ländern der Welt bis zur Krise der Versorgungsarbeit. Diese Krisen sind miteinander verbunden, es reicht nicht, an einer Stellschraube zu drehen, wir müssen das Gesamtsystem und die Wechselwirkungen in den Blick nehmen. Eine Umstellung allein auf umweltgerechtere Konsum- und Produktionsweisen im Sinne bisher diskutierter Ansätze einer 'Green Economy' greift deshalb nicht weit genug. Unser Verständnis einer Green Economy bedeutet, eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft und eine entsprechende Wirtschaftsweise in den Mittelpunkt zu stellen, die ein „gutes Leben für alle“ ermöglicht.

Dazu ist ein **grundsätzliches Umdenken erforderlich**. Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag, in dem ökologische Ressourcen sowie menschliche und gesellschaftliche Tätigkeiten als Grundlage des Wirtschaftens aufeinander bezogen sind. So gilt es, die vielfältigen produktiven, überwiegend von Frauen erbrachten Care-Leistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur als Grundlage jeglichen Wirtschaftens anzuerkennen.

Dabei kommt es nicht darauf an, das Soziale zu ökonomisieren bzw. zu monetarisieren, wohl aber Sorgearbeit in ein ganzheitliches Ökonomiekonzept ebenso zu integrieren wie Naturressourcen.

Wo wir stehen

ExpertInnen streiten, ob der Höhepunkt der Ölförderung – *peak oil* genannt – bereits überschritten wurde. Eines aber steht fest: Wir stehen historisch betrachtet kurz vor *peak everything*: dem Rückgang der Verfügbarkeit vieler natürlicher Ressourcen. Die Wirtschafts- und Lebensweise von Industrienationen verbraucht massenhaft Natur und Rohstoffe bei gleichzeitiger massiver Verschmutzung von Luft, Boden und Wasser sowie der unwiederbringlichen Zerstörung von Polkappen, Regenwäldern, Artenreichtum etc.

Insbesondere die Klimakrise birgt unabsehbare Gefahren. Das Ziel internationaler Klimapolitik von nur zwei Grad globaler Erwärmung bedeutet für Deutschland eine Reduzierung des jährlichen CO₂-Verbrauchs pro Kopf von heute durchschnittlich knapp elf Tonnen auf weniger als zwei Tonnen bis 2050 – und lässt dabei unberücksichtigt, dass aufgrund der bereits erreichten Erwärmung um global 0,7 Grad (zum Vergleichsjahr 1900) schon heute Menschen durch klimawandelbedingte Fluten, Dürren und Stürme zu Flüchtlingen werden oder umkommen.

Grenzen des Wachstums

Eine Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch hat sich bisher als illusorisch erwiesen: Effizienzsteigerungen werden gesamtgesellschaftlich von Konsumsteigerungen überkompensiert ('Rebound-Effekt'), d.h. es werden zwar immer weniger Ressourcen benötigt, um ein Produkt herzustellen, dafür aber immer größere Mengen produziert und konsumiert. Global betrachtet sind die rasanten Steigerungen des Wirtschaftswachstums in Schwellenländern und die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung weitere Herausforderungen, aus denen eine Zunahme des Ressourcenverbrauchs folgt.

Knapper werdende Ressourcen führen zu höheren Preisen, die diesen Prozess verlangsamen können. Dieser Teuerungseffekt und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten können aber auch mit ökonomischen, politischen, lebensweltlichen und auch militärischen Gefahren einhergehen. Lösungen für diese Probleme müssen gesucht werden.

Krise unserer wirtschaftlichen und sozialen Verfassung

Bereits in der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise konnte ein weltweiter Zusammenbruch nur durch öffentliche Kredite an Banken in Billionenhöhe vermieden werden. Eine solche Rettungsaktion wird bei der nächsten Krise nicht zu wiederholen sein – und selbst Wallstreet-ExpertInnen halten eine weitere Krise für unvermeidlich. Gleichzeitig fehlt dieses Geld für Umbaumaßnahmen der Gesellschaft, die Handlungsmöglichkeiten der Staaten werden damit weiter eingengt.

Doch Ressourcen-, Klima- sowie Finanzkrise sind nicht die einzigen schweren Krisen, denen es gegenzusteuern gilt. Zwei weitere seien hier genannt. Unsere Art des Wirtschaftens hat Auswirkungen auf die mangelnde Befriedigung physischer Grundbedürfnisse in anderen Teilen der Welt: Trotz der Ausrufung des Millenniumziels, die Zahl der Hungernden bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren, ist ihre Anzahl seit der Jahrtausendwende deutlich gestiegen. Aber selbst in einer materiellen Wohlstandsgesellschaft gibt es Probleme, wie die der Befriedigung psychischer Grundbedürfnisse: Das Bundesgesundheitsministerium schätzt die Zahl der behandlungsbedürftig an Depression Erkrankten in Deutschland auf vier Millionen; im Jahr 2010 belegte hierzulande die Diagnose 'depressive Episode' erstmals den Spitzenplatz bei den Fehltagen; die Weltgesundheitsorganisation vermutet, dass Depression bis 2020 weltweit die zweithäufigste Ursache für durch Krankheit 'verlorene Jahre' sein wird. Eine Ursache für diese Krankheit kann sowohl Überarbeitung wie Unterforderung sein.

Während die einen unter fehlender Erwerbsarbeit leiden, leiden andere unter zu viel davon. In beiden Fällen fehlt es uns häufig an dem, was heute gemeinhin als Lebensqualität bezeichnet wird – viele vermissen Zeit, Muße, Sinnhaftigkeit ihres Tuns und soziale Einbettung. Um materiellen Wohlstand zu erlangen, verengt sich die Vielfalt unserer Fähigkeiten auf deren bloße Wettbewerbsfähigkeit und fokussiert sich auf das Verwertbare.

Immer noch sieht das Wirtschaftsmodell vor, gesellschaftlich notwendige Versorgungsarbeit (Care) hauptsächlich im Privaten zu leisten. Vielfach bleibt sie wegen Zeitmangel und Überbelastung auch unverrichtet, als Erwerbsarbeit ist sie unterbezahlt. Gut ausgebildete und erwerbstätige Frauen des globalen Westens lösen sich aus diesen strukturellen Zumutungen vermehrt dadurch, dass sie anfallende Fürsorgearbeit an den Markt delegieren. Dadurch ist weltweit eine neue, allerdings höchst fragwürdige internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen entstanden („transnationale Versorgungsketten“), die ihrerseits zu einer Verschärfung von sozialer Ungleichheit führt.

Uns bewusst machend, wie sehr materielles Wachstum¹ auf Kosten von Mitmenschen, auf Kosten der nächsten Generationen und auch auf Kosten unseres eigenen Glücks beruht, wird uns klar, dass wir diesen Weg weder fortsetzen können noch wollen.

Ist 'Green Economy' die Antwort?

Wir begrüßen bestehende Initiativen einer 'Green Economy' bzw. der jeweils mit konkreten Maßnahmen verknüpften Konzepte von Green New Deal, Postwachstumsökonomie, Postwachstumsgesellschaft etc. als Ansätze, mit den ökologischen Grenzen bewusst gestaltend umzugehen.² Es bleiben aber viele Probleme ungelöst, beispielweise die Krise der Versorgungsarbeit. Wir schlagen bewusst kein Gegenkonzept vor, sondern formulieren aus gender_gerechter³ Perspektive die Lücken und rufen auf zur Diskussion.

Denn wir glauben nicht, dass alles so weiter gehen kann und soll wie bisher, lediglich mit 'grüner' Produktion. Diese ist zwar im Sinne eines ökologisch orientierten Wirtschaftens wichtig. Die Umstellung der Produktion allein reicht aber nicht aus, wie die im ersten Teil aufgezählten Aspekte illustrieren.

Ein gutes – ressourcenschonendes, emissionsarmes, gerechtes Leben – ist nur zu erreichen, wenn eine umfassende sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft eingeläutet wird. Die damit einhergehenden Veränderungen dürfen nicht auf Kosten der Schwächsten gehen, z.B. indem sie zunehmende Erwerbsarbeitslosigkeit erzeugen. Dies wäre nicht nur für die Betroffenen fatal. Studien zeigen: Je mehr eine Gesellschaft in arm und reich zerfällt, desto mehr nehmen Krankheiten, Misstrauen und Unzufriedenheit nicht nur bei den Armen, sondern auch bei den Wohlhabenden zu.⁴

Generell misstrauen wir einer technokratischen Politik, bei der ExpertInnen uns sagen, was zu tun ist. Nur eine breite gesellschaftliche Diskussion, die uns alle in Bewegung bringt, birgt das Potenzial für eine umfassende Transformation. Eine Transformation, die trotz materieller Begrenzungen einen gesellschaftlichen Gewinn darstellt.

Ein grundsätzliches Umdenken ist gefordert

Unsere Überlegungen sind bewusst offen formuliert, denn es geht uns nicht um ein fertiges Konzept, das geradewegs in politisches Handeln übersetzt werden könnte, sondern um Anstöße für gesellschaftlich verankerte Diskussions- und Veränderungsprozesse. Handlungsleitend sollten dabei die Kriterien emissionsarm, ressourcenleicht und gerecht sein.

¹ Materielles Wachstum, das auf der Ausbeutung von Ressourcen - ökologischer wie humaner - beruht, ist nicht nachhaltig, trägt zu gesellschaftlichen Disparitäten bei und beraubt sich selbst seiner Grundlagen.

² Vgl. u.a. Deutscher Gewerkschaftsbund/ Industrie- und Handelskammer u.a. (2009): *Wachstumsinitiative Berlin 2004-2014*; UNEP (2011): *Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*; Reinhard Bütikofer/ Sven Giegold (2009): *Der Grüne New Deal. Klimaschutz, neue Arbeit und sozialer Ausgleich*; Nico Paech (2010): Die Postwachstumsökonomie. Eine Alternative zum Entkopplungsmythos, in: *Humane Wirtschaft* Nr. 5, S. 12-14; Irmi Seidl /Angelika Zahrnt (Hg.) (2010): *Postwachstumsgesellschaft. Neue Konzepte für die Zukunft*, Weimar.

³ Mit „Gender_gerecht“ wollen wir ausdrücken, dass Gerechtigkeit für jeden Menschen angestrebt wird, unabhängig von Geschlecht, sozialer Schicht, körperlichem Vermögen, sexueller Orientierung, Abstammung oder Weltanschauung etc.

⁴ Vgl. Richard Wilkinson/ Kate Pickett (2009): *Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin.

Folgende Akzente möchten wir setzen:

Das Private ist politisch – hat aber auch Grenzen

Dass das Private politisch ist, ist eine alte Erkenntnis der Frauenbewegung. Bei dem eigenen Alltagshandeln zu beginnen, erscheint vielen Menschen selbstverständlich. Doch tun sich dabei schnell Grenzen auf. Nur das private Konsumverhalten in Frage zu stellen, reicht nicht. Auch *was* produziert wird, *wie* und *wo* produziert wird, auf welche Weise das Produzierte vermarktet wird und wem der Markterlös zugute kommt, muss hinterfragt werden. Dafür müssen entsprechende Informationen aufbereitet und zugänglich gemacht werden. Transparente Prozesse ermöglichen VerbraucherInnen, Zusammenhänge zu verstehen und bewusste Entscheidungen zu treffen.

Effizienter produzieren und suffizienter leben

Notwendig erscheint auch, die Grenzen der Problembearbeitung zu erweitern: Das Streben nach Effizienz ist nicht ausreichend, sondern muss mit dem Gedanken der Suffizienz⁵ ergänzt werden. Also nicht nur: Ließe es sich noch energiesparender produzieren, sondern auch: wer will und braucht dieses Produkt wirklich und können wir als Gesellschaft die sozial-ökologischen Konsequenzen tragen?

In diesem Sinne ist nicht nur die Höhe des Materialeinsatzes [Inputs] und die Effizienz der Verarbeitungsprozesse entscheidend, sondern auch, was dabei herauskommt [Output]: neben dem gewünschten Produkt auch Müll, Lärm, Emissionen sowie die Arbeitslast, die Konsumspirale und allgemein die mit Wachstum einhergehenden Zwänge. So kann ein Bewusstsein dafür entstehen, welche Konsequenzen ein Lebensstil bzw. ein Produkt hat.

Soziale Anerkennung und neue Lebensentwürfe jenseits des Erwerbszwanges

Im individuellen Bereich muss die soziale Anerkennung suffizienterer Lebensstile steigen – Menschen sollten die Möglichkeit haben, nicht 'immer mehr haben wollen zu müssen' (Uta von Winterfeld). Nur so sind vielfältige, weniger von dem starren Konzept Erwerbsarbeit geprägte Lebensentwürfe möglich. Ausgewogener Zeitwohlstand ist dabei Ziel und Voraussetzung zugleich für ein ressourcenleichteres Leben. Dies gilt für Frauen wie für Männer – Suffizienz ist nicht das weibliche Pendant für eine männliche Effizienz; eine Feminisierung der ökologischen Verantwortung weisen wir ebenso von uns wie ein genderspezifisches Auseinanderfallen der Lebensentwürfe.

Auch ein rein individualisiertes, moralisierendes und auf Verzichtsethik reduziertes Verständnis von Suffizienz lehnen wir ab. Stattdessen verstehen wir Suffizienz als Leitfaden für die Analyse gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen: nicht automatisch wachstumslogisch getriebenen Ansätzen von Politik und Wirtschaft folgen zu müssen, welche stets nur die produktiven Seiten betonen und die destruktiven unsichtbar machen.

Wertschätzung der Ressourcen und Re-Lokalisierung der Produktion

Für einen anderen Umgang mit der Natur, den natürlichen Systemen und Rohstoffen stellen der Umbau auf erneuerbare Energien und der Fokus auf Erhalt statt auf Neuproduktion sowie das Schließen von Stoffkreisläufen notwendige, aber nicht hinreichende Bausteine dar. Eine andere

⁵ Mit Suffizienz ist hier nicht die ethisch-moralisierende Dimension des Verzichts gemeint, sondern die konsumpolitische Entscheidung, sich von Wohlstandsschrott, Reiz- und Optionenüberflutung zu befreien (s. Nico Paech: Wachstumsdämmerung. In: Oya 7/11).

Wertschätzung vorhandener Rohstoffe und der Respekt vor allem Lebendigen erfordern eine neue gesamtgesellschaftliche Logik.

Durchschnittsberechnungen wie die des 'ökologischen Fußabdrucks' können hilfreich sein, verschleiern jedoch zum einen deutliche Unterschiede zwischen Geschlechtern, Schichten usw. Zum anderen blenden sie aus, dass ein Großteil der Schädigung nicht durch Einzelne erzeugt wird und nicht den Wohlstand der Einzelnen mehrt. Fast die Hälfte des gesamten Welthandels besteht aus Transporten von Waren innerhalb weltweit agierender Unternehmen, nur um unterschiedliche Produktionskosten auszunutzen. Zudem werden von Staaten oft die gleichen Produktarten importiert wie exportiert.⁶ Eine entsprechende Re-Lokalisierung der Produktion würde ökologische Probleme bereits in gewaltigem Umfang reduzieren.

So bedeutet eine ökologische Re-Lokalisierung von Landwirtschaft nicht nur geringeren Energieinput und geringere Umweltschäden. Der Weltagrarbericht sieht hierin auch Chancen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit.⁷ Gleichzeitig würde dem derzeitigen Phänomen massenhafter Überproduktion und anschließender Vernichtung von Lebensmitteln entgegen gewirkt.

Ethische Finanzmärkte

Heutzutage wird der Umsatz der hundert größten transnationalen Unternehmen zu über der Hälfte in der Öl- und Autoindustrie sowie dem Flugzeugbau erwirtschaftet.⁸ Andere Sektoren gelten vielen sogar als an sich gefährlich: Rüstung, Atomkraft oder Gentechnologie sind Beispiele. Freiwerdende Finanzmittel sowie Fantasie und Forschungswillen könnten anderweitig eingesetzt werden. Doch wie auch immer dies im Einzelnen diskutiert wird – oft besteht unter den gegebenen Rahmenbedingungen eine Spannung zwischen unternehmerischer Rendite und gesellschaftlicher Wünschbarkeit bzw. gesellschaftlichen Anforderungen von Investitionen. Mindestens ebenso gilt dies für den Finanzmarkt. Die offene Frage lautet: Wie kann ein Umbauprozess vorangebracht werden, der ethische Kriterien und Partizipation einschließt?

Sorglosigkeit versus Für-/Vorsorge

Gepaart ist die der Wachstumslogik inhärente Maßlosigkeit mit Sorglosigkeit.⁹ Fürsorge und Vorsorge sind Prinzipien einer Care Economy, die sowohl asymmetrische Beziehungen berücksichtigen – wie etwa die Sorge für Kinder, alte und kranke Menschen – als auch Verantwortung für jene übernehmen, die ihre Rechte nicht selbst vertreten können: sei es die Umwelt, seien es zukünftige Generationen. Die Logik der Effizienz wird im Bereich der 'Care Economy' absurd. Wachstumssteigerungen sind hier kaum möglich. Als Erwerbsarbeit z. B. in Form personenbezogener Dienstleistungen erbracht wird sie meist unterbezahlt; wo nicht, gilt sie als nicht produktiv, denn sie trägt nicht zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Damit ist sie ähnlich ausgegrenzt, unsichtbar und abgewertet wie die aus den ökonomischen Berechnungen auf die Allgemeinheit abgewälzten Naturzerstörungen. Das heißt, die Marktökonomie verwertet die vielfältigen produktiven, überwiegend von

⁶ Zwei Beispiele: 2005 führte Deutschland für vier Milliarden Euro Milcherzeugnisse aus und für fünf Milliarden ein; bei 'Zucker(waren) und Honig' waren es Exporte für 1,3 und Importe für 1,4 Milliarden.

⁷ Der Weltagrarbericht wurde auf dem Entwicklungsgipfel in Johannesburg 2002 angekündigt und 2009 veröffentlicht. Mit 'business as usual', so der Präsident der ihn erstellenden Kommission IASSTD, Robert Watson, könne die Welt in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr ernährt werden.

⁸ Bezogen auf 2007; vgl. *Fortune* v. 25.08.2008.

⁹ Vgl. Adelheid Biesecker: „Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für gutes Leben statt für Wachstum“, in: Werner Rätz u.a. (2011): *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*, Hamburg (VSA), S. 75-84.

Frauen erbrachten Care-Leistungen ebenso wie die Produktivität der ökologischen Natur zwar permanent, schließt sie jedoch aus den makroökonomischen Modellen zur Bestimmung der gesellschaftlichen Wohlfahrtsproduktion systematisch aus (Externalisierung).

Bislang unbezahlte Versorgungsarbeit mit einzubeziehen kann teilweise eine sinnvolle Forderung sein, aber um eine Monetarisierung der Sorgeökonomie kann es nicht gehen. Stattdessen gilt es, das Prinzip der Externalisierung zumindest abzuschwächen – und all jene vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeiten, die nicht der formellen Ökonomie zugerechnet werden, aufzuwerten.

Es geht um die Auflösung der traditionell nach Geschlecht getrennten Lebenswege sowie um eine Neujustierung sämtlicher lebenslaufbegleitenden Institutionen, so dass die Verbindung von Bildungs-, Erwerbs- und Sorgearbeit als Grundmuster der Biographie einer Person und zwar unabhängig vom Geschlecht in unterschiedlichen Mischungen und mit flexiblen Übergängen gelebt werden kann.

Das zwingt zur Neubewertung sämtlicher gesellschaftlich notwendiger Arbeitsformen und damit untrennbar verbunden zu einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Geschlechterordnung moderner Gesellschaften.

Aufruf zur Diskussion

Unsere Zukunft braucht technische, soziale und kulturelle Erneuerung. Mit Umwelttechnologien alleine wird eine Lösung bestehender sozial-ökologischer Probleme nicht zu erreichen sein. Zumindest müssen technische Lösungen durch intelligente Verbindungen von sozialen und technischen Aspekten in die gesellschaftliche Wirklichkeit eingebettet werden. Damit diese Gesellschaft gender_gerecht wird und handelt, braucht es einen gender_gerechten Transformationsprozess unter Einbeziehung aller sowie die entsprechenden Paradigmenwechsel in der Gesellschaft. Gesellschaftliche Wohlfahrt kann nur vieldimensional und vielfältig entwickelt werden. Wie genau das aussehen kann, kann nicht vorherbestimmt werden, sondern ist selbst von partizipatorischen Prozessen abhängig. Dazu bedarf es des Ausbaus bisheriger und der Schaffung neuer Instrumente, die eine demokratische Beteiligung ermöglichen und der nachvollziehbaren Veröffentlichung der Ergebnisse sowie deren Berücksichtigung bei den folgenden Entscheidungen. Die Übertragung des Themas an ExpertInnen-Kommissionen kann hierfür kein Vorbild sein. Stattdessen muss damit begonnen werden, die hierfür notwendigen Räume zu nutzen und sie neu zu erschaffen.

Diese Debatte sollte sich von Beginn an bemühen, Menschen in ihrer Vielfalt einzubeziehen und auch über nationale und europäische Grenzen hinweg den Austausch zu suchen. Unsere Einsicht in eine notwendige Re-Lokalisierung der Ökonomie steht nicht im Widerspruch dazu, sondern basiert auf dem Bemühen um mehr (welt-)gesellschaftliche Solidarität. Was dies konkret heißt, wird sich nicht als bestimmbare Größe des Bruttosozialprodukts fassen lassen, sondern muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu bestimmt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden.

Zusammenfassung der sich aus dem Diskussionspapier ergebenden Herausforderungen als Anregung für weitergehende Positionsbestimmungen

Welche Elemente braucht ein gender_gerechtes, ressourcen- und emissionsarmes Wirtschaften?

Beispiele:

- ▶ *Einbeziehung der Care-Perspektive in die Wirtschaft*
- ▶ *Wirtschafts- und Lebensweisen die kompatibel sind mit den ökologischen und sozialen Grenzen*
- ▶ *Infra-/Strukturen, die demokratisch getragene Transformationen unterstützen*
- ▶ *Wirkungsvolle BürgerInnenbeteiligung an technischen und sozialen Entwicklungen*
- ▶ *Finanzmärkte, die eine gerechte Entwicklung unterstützen, statt sie zu hintertreiben*

Wie können die Ziele erreicht werden

Mögliche Fragen, auf die Antworten gesucht werden sollten:

- ▶ *Wie können die notwendigen Veränderungen politisch um- und durchgesetzt werden?*
- ▶ *Was sind die Hebel für einen Transformationsprozess?*
- ▶ *Wie müssen Steuer- und Subventionsmodelle umgebaut werden, damit sie die Ziele unterstützen*
- ▶ *Welche Modelle der Wohlfahrtsmessung unter Einbezug ökonomischer, ökologischer und sozialer Dimensionen bilden ‚das gute Leben‘ ab?*

Welche Anforderungen entstehen daraus für die Wirtschaft, die Politik und jede Einzelne von uns?

Beispiele:

- ▶ *Für die Ermöglichung dezentraler Energiegenossenschaften: die Entflechtung von Energiekonzernen*
- ▶ *Für Mobilität: nicht nur Autos ökologischer zu produzieren, sondern die Bevorzugung des PKW-Verkehrs generell zu hinterfragen, andere Mobilitätssysteme zu entwickeln und auszubauen.*
- ▶ *Generell eine Neuausrichtung von Forschung, Technik- und Produktentwicklung*
- ▶ *Neue Partizipationsmodelle entwickeln, die unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen und faktische Gestaltungsmöglichkeiten darstellen*
- ▶ *Nur wenn Menschen sich um ihr materielles Überleben nicht sorgen müssen, können sie sich entscheidungsfrei fühlen und Potenziale ausschöpfen*

Green Economy Gender_Gerecht

Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gender_gerechte Zukunft

Stellungnahme von genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit

Das Diskussionspapier des Projekts Green Economy Gender_Gerecht wurde im Konsens aller am Projektbeteiligten - der Partnerinnen und im Beirat vertretenen Expertinnen - erstellt. Wie alle Konsenspapiere stellt es den größtmöglichen gemeinsamen Nenner dar.

genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit als Initiatorin des Prozesses freut sich sehr über das gemeinsame Papier, möchte aber auch hervorheben, dass darin einige aus unserer Sicht wichtige Aspekte nicht ausreichend betont werden. Die folgende Stellungnahme ist das Ergebnis unserer internen Diskussionen. Sie soll gleichzeitig deutlich machen, dass wir uns Diskussionen über das Papier wünschen und den Austausch darüber anregen.

1. Eine gender_gerechte, nachhaltige Zukunft hat ihre Basis in einer Abkehr vom Wachstumsparadigma

Wachstum wie bisher kann und wird es nicht mehr geben. Wir dürfen diesen Erkenntnissen nicht mit Windmühlenkämpfen begegnen - voller Verlustängste und blind gegen die Zeichen der Zeit - sondern müssen unsere Zukunft aktiv lebenswert gestalten. Dazu braucht es nicht nur eine ‚grünere‘ Ökonomie, sondern ein grundsätzliches Umsteuern und eine Abkehr vom Wohlstandsmodell der westlichen Industrienationen.

Das für diesen Wohlstand vermeintlich erforderliche wirtschaftliche Wachstum fordert immer höheren Konsum. Dem gilt es Grenzen zu setzen. Materieller Wohlstand führt nicht automatisch zu Glück, es ist die Gerechtigkeit, die zum Wohlbefinden aller der entscheidende Faktor ist. Je mehr wir selbst haben, desto mehr fehlt uns. Und um dies mit Geld zu erreichen, verengt sich die Vielfalt unserer Fähigkeiten auf deren bloße Wettbewerbsfähigkeit.

2. Wohlstandsmessung muss Gerechtigkeit als entscheidenden Faktor erkennen

Wohlstandsmessung muss zukünftig andere Dimensionen einbeziehen als den materiellen Besitz. Die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung oder die Freiheit, einen suffizienten Lebensstil zu verfolgen, soziale Beziehungen aktiv zu gestalten oder mit der natürlichen Umwelt nachhaltig zu interagieren, könnten einen neuen Wohlstandsbegriff prägen.

3. Der Blick von der Suffizienz auf die Effizienz

Eine weitere Zunahme des Ressourcenverbrauchs wird mit Effizienz allein nicht aufzufangen sein. Die ökologischen Grenzen des ökonomischen Wachstums müssen anerkannt und gestaltend mit ihnen umgegangen werden (Postwachstumsgesellschaft). Die Frage nach einem „Guten Leben“ muss von der Perspektive der Suffizienz ausgehen und sich von hieraus der Effizienz annehmen, die sich an sozial-ökologischen Qualitäten orientieren muss. Damit erhielten auch die Care-Ökonomie und das vorsorgende Wirtschaften einen anderen Stellenwert.

4. Der Transformationsprozess in eine gender_gerechte Postwachstumsgesellschaft muss flankiert werden

Um die im Diskussionspapier und hier angesprochenen **Transformationsprozesse** anzustoßen, müssen diese im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung von staatlichen Stellen unterstützt und flankiert werden.

Erstens finanziell: Nur wenn Menschen sich um ihr materielles Überleben nicht sorgen müssen, können sie sich entscheidungsfrei fühlen und Potenziale ausschöpfen.

Zweitens zeitlich: Eine gender_gerechte, sozial abgesicherte Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit in selbstbestimmten Formen schafft individuell und gesellschaftlich Freiräume von Wachstumswang. „Ausgewogener Zeitwohlstand ist Ziel und Voraussetzung zugleich für ein ressourcenleichtes Leben.“ (S.4)

Drittens (infra)strukturell: Zum einen geht es um die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Wasser, Energie, Bildung, Kultur, Sport, Mobilität und Gesundheit sowie um eine generelle Stärkung der Sorgearbeit. Zum anderen geht es um die Einrichtung einer auf soziale Nutzung ausgerichteten Infrastruktur, welche Ansätze solidarischen Wirtschaftens auf lokaler und regionaler Ebene erleichtert (Community Supported Agriculture, Verschenkmärkte oder free cycling, Nutzungsgemeinschaften etc.)

Voraussetzung wäre hier jeweils die Transparenz politischer Prozesse sowie der politische Wille, demokratisch getragene Transformationen auch strukturell zu unterstützen.

Viertens, und nicht zuletzt, **demokratisch:** Es müssen neue Partizipationsmodelle gefunden werden, die unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen und faktische Gestaltungsmöglichkeiten darstellen.



Eckpunkte für den Beitrag des Deutschen Frauenrates zur Diskussion um Green Economy

Ein Wirtschaften, dessen einziges Credo das Wachstum ist, zerstört die Welt, die Atmosphäre und die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen weltweit. Die wirtschaftspolitische Grundannahme, dass Wachstum automatisch Wohlstand oder sogar mehr Gerechtigkeit bringe, hat sich als falsch erwiesen. Mit Konzepten einer Green Economy suchen Wissenschaftler/innen, Politiker/innen und viele in Nichtregierungsorganisationen engagierte Bürger/innen nach Wegen zu einem neuen Wirtschaften. Allen gemeinsam ist das Bemühen um Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Energieeffizienz. Manche gehen weiter und sehen in der Abkehr vom immerwährenden Wachstum die Grundlage für ein zukunftsorientiertes Wirtschaften. Einige sind davon überzeugt, dass Voraussetzungen für eine umfassende ökologisch-soziale Erneuerung die Bekämpfung von Armut und die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit sind.

Allen Konzepten fehlt bisher Geschlechtergerechtigkeit als grundlegende Bedingung eines solchen Wandels. Ob er gelingen kann, hängt von den tiefgreifenden Veränderungen ab, die notwendig sind, damit Frauen und Männer tatsächlich gleiche Chancen und Möglichkeiten haben, an allen Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und an der Gestaltung des Gemeinwesens teil zu haben. Für die Nachhaltigkeit Grüner Ökonomie ist Geschlechtergerechtigkeit ein wichtiger Prüfstein.

1. Nachhaltiges Wirtschaften braucht eine neue Gesellschaftsphilosophie geteilter und gerechter Sorge (Care-Ethik). Dafür bedarf es einer neuen Definition dessen, was gesellschaftlich notwendige Arbeit ist. Diese muss gerecht zwischen den Geschlechtern und den Generationen verteilt werden. Damit dies möglich ist, müssen neue Modelle für die Existenzsicherung entwickelt und eingeführt werden, so dass sozial verantwortliche und selbstbestimmte Entscheidungen möglich sind.
2. Der notwendige Transformationsprozess beinhaltet eine Veränderung der Produktions- und Konsummuster bei Stärkung regionaler Kreisläufe. Hierzu sind die Interessen und Handlungsoptionen von Frauen zwingend zu berücksichtigen.
3. Niemand darf von der Nutzung lebensnotwendiger Ressourcen ausgeschlossen werden durch Patentierung z.B. von Saatgut oder durch Privatisierung, z.B. von Wasser. Die Ressourcen müssen so genutzt werden, dass sie auch den zukünftigen Generationen ein gutes Leben ermöglichen.

4. Öffentliche Versorgungsstrukturen dürfen nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen bleiben. Vielmehr müssen Partizipationsmodelle entwickelt und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen und faktische Gestaltungsmöglichkeiten sicher stellen.
5. Es bedarf einer bewussten Gestaltung der öffentlichen Haushalte, die hinwirken auf eine ökologische, soziale und geschlechtergerechte Nachhaltigkeit. Gender-Budgeting muss hierfür genutzt werden.
6. Wohltandsmessung muss künftig andere Dimensionen einbeziehen als den materiellen Besitz. Sie muss vielmehr Gerechtigkeit als entscheidenden Faktor erkennen; dabei ist für den Deutschen Frauenrat Geschlechtergerechtigkeit ein entscheidendes Kriterium.
7. Wir brauchen einen öffentlichen Diskurs über die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Dazu muss die vorhandene Gestaltungskompetenz von Bürger/innen genutzt und gestärkt werden.

Um all dies zu ermöglichen, bedarf es grundsätzlicher Änderungen in Haltungen und Handlungen. Eine entsprechende Herausforderung bietet das Grundgesetz, z.B. in Art. 14 GG, der die Sozialverpflichtung des Eigentums formuliert und Art 20a GG, der die natürlichen Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen schützt. Der Deutsche Frauenrat sieht sich diesem verpflichtet.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung 2011

Kontakt

Green Economy: Gender_Gerecht
LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V.
Dircksenstr. 47
10178 Berlin
Tel. 030.308798-35
Email: roehr@life-online.de
www.genanet.de/greeneconomy.html

Berlin, November 2011

DIESES PROJEKT WIRD GEFÖRDERT VON:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt** 
Für Mensch und Umwelt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen.